

Politik muss Kinderarmut endlich ernst nehmen: Forderungen aus Berlin

Ein Bündnis fordert ein Umdenken in der Politik, um Kinderarmut effektiv zu bekämpfen. Gemeinsam für eine bessere Zukunft!

Berlin (ots)

In Deutschland ist die Armut von Kindern und Jugendlichen ein drängendes Thema, das seit Jahren nicht ausreichend angegangen wird. Der Ratschlag Kinderarmut, ein Zusammenschluss von 51 Organisationen aus Zivilgesellschaft und Wissenschaft, hat nun eindeutig gefordert, dass die politischen Entscheidungsträger ihre Strategien überdenken und ein gemeinsames Vorgehen in diesem Bereich etablieren. Das derzeitige System, das von einem Kooperationsverbot zwischen Bund, Ländern und Kommunen geprägt ist, muss sich in ein Kooperationsgebot wandeln.

Die Auswirkungen von Kinderarmut auf die Lebensqualität und die gesellschaftliche Teilhabe sind gravierend. Statistiken zeigen, dass seit Jahrzehnten etwa 20 Prozent der Kinder und Jugendlichen in Deutschland unter der Armutsgrenze leben. Eine alarmierende Tatsache ist, dass die Dauer, in der Kinder in Armut leben, kontinuierlich ansteigt. Diese Situation ist in einem wohlhabenden Land wie Deutschland nicht akzeptabel und muss endlich ernsthaft angegangen werden.

Aussagen von Experten

Die SoVD-Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier hat die

dramatischen Folgen der Armut für den Alltag von Kindern eindringlich dargelegt. „Für viele Kinder bedeutet Armut, dass sie ihre heißen Tage in einem kleinen, stickigen Kinderzimmer verbringen müssen, anstatt mit Freunden ins Freibad zu gehen“, erklärt sie. Diese Realität verweist auf ein strukturelles Problem, das seit dem ersten Armuts- und Reichtumsbericht im Jahr 2000 bekannt ist. Trotz der hohen Sichtbarkeit des Themas hat sich in Bezug auf die Deckung des Existenzminimums für Kinder seitdem wenig verändert.

Die Gestaltung einer umfassenden sozialen Daseinsvorsorge ist aus Sicht von Engelmeier unverzichtbar, insbesondere für Familien mit niedrigem Einkommen. „Kitas, Schulen, Horte und Jugendfreizeiteinrichtungen müssen gut ausgestattet und vernetzt sein“, betont sie. Nur so kann gewährleistet werden, dass Kinder unabhängig von der finanziellen Situation ihrer Eltern die Möglichkeit haben, gesund und glücklich aufzuwachsen.

Die Forderungen des Ratschlags

In der aktuellen politischen Landschaft ist es entscheidend, dass Bund, Länder und Kommunen gemeinsam Verantwortung übernehmen. Anstatt zu debattieren, wer für welche Maßnahmen zuständig ist und wer welche Kosten trägt, sollte der Fokus auf der Schaffung von Rahmenbedingungen liegen, die es allen Kindern ermöglichen, unter optimalen Bedingungen aufzuwachsen. Eine Stärkung der lokalen Infrastruktur ist notwendig, um die Bedürfnisse der Familien zu bedienen.

Die gemeinsame Erklärung des Ratschlags Kinderarmut für 2024 mit dem Titel „Vom Kooperationsverbot zum Kooperationsgebot!“ wird auf der Homepage der Nationalen Armutskonferenz veröffentlicht. Die darin ausgesprochenen Forderungen richten sich an alle politischen Ebenen, um die notwendige Zusammenarbeit zu fördern und die dringendsten Herausforderungen im Kampf gegen Kinderarmut anzupacken.

Zusammengefasst ist der Handlungsbedarf klar: Der Ansatz zum Thema Kinderarmut muss überdacht werden. Politische Akteure sind gefordert, die bestehenden Strukturen und Prozesse zu überdenken, um den betroffenen Kindern die Teilhabe und die Chancen auf ein besseres Leben zu ermöglichen. Die Zeit für Veränderungen ist jetzt.

Details

Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](https://www.n-ag.de)